

Bernd Fiedler (SPD-AfA, ver.di)

Was treibt mich um, wenn ich an die vollständige oder teilweise Privatisierung der Bahn AG denke?

Fakt ist, dass eine vollständige oder teilweise Privatisierung der Deutschen Bahn AG dem Artikel 87e des Grundgesetzes widerspricht, aus dem klar und unmissverständlich hervorgeht, dass die Infrastrukturverantwortung im Eisenbahnbereich beim Bund liegt und nicht an Private übertragen werden darf.

Dieser Sachverhalt scheint unserem Verkehrsminister und Herrn Mehdorn nicht geläufig zu sein; anders kann ich mir das Ansinnen der beiden Herren nicht erklären. Oder hat etwa die Lobbyistenfraktion der internationalen Logistikbranche gesiegt?



Bürger protestieren gegen die Privatisierung der Bahn

Die aktuellen Entwicklungszahlen der Bahn AG sprechen ebenfalls eine andere Sprache und lassen keinesfalls den Schluss zu, dass Fremdkapital zum Fortbestand der Bahn benötigt wird.

Immerhin stieg aktuell das operative Ergebnis um 416 Millionen Euro bzw. 44 Prozent auf 1,35 Milliarden Euro. Für die getätigten Brutto-Investitionen sind 2,8 Milliarden Euro ausgegeben worden, das macht ein Plus von 20% bei gleichzeitiger Senkung der Netto-Schulden um 658 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2007. Dieses erhebliche Wachstum lässt auch weiterhin auf eine deutlich positive

Entwicklung der Deutschen Bahn AG schließen und bedarf keiner privaten Kapitalaufstockung aus renditeorientierten, internationalen Kapitalmärkten.

Die jetzt in der SPD diskutierte Volksaktie ist aus meiner Sicht ebenfalls nicht geeignet,

die Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu legitimieren. Es klingt wie ein schlechter Scherz, dass Menschen in diesem Lande die einmalige Chance haben sollen, die von ihnen bezahlte Bahn in Teilen (Aktien) ein zweites Mal zu erwerben. Mit Blick auf das Land der großen Vordenker in Sachen Privatisierung und PPP (Blair und Genossen) fürchte ich, dass die Deutschen die Bahn auch noch ein drittes Mal bezahlen dürfen, nämlich dann, wenn wie in England geschehen die Investorengruppen reihenweise pleite gehen und Schulden an den Staat zurückfallen. So ist es zumindest in dem vorliegenden Gesetzesentwurf von Genosse Tiefensee vorgesehen.

Ich hoffe, die Vernunft siegt und die Abgeordneten der SPD nehmen zur Kenntnis, dass 75% der Bundesbürger ihre Bahn behalten wollen und auf der Einhaltung unseres Grundgesetzes bestehen.

Dieser Meinungsblick deckt sich mit dem innerparteilichen Denken, und somit ergibt sich mein Fazit: „**Genossen, Hände weg von der Bahn!**“

Paul Paternoga (SPD, AfA-UB-Vorsitzender, Mitgl. AfA-Landesvorst. NRW, IGM)

Ausverkauf des Volksvermögens?

ZU keinem Zeitpunkt konnte dem Eindruck entgegengewirkt werden, dass die EU nichts anderes ist, als eine Agentur zur verwaltungs- und währungstechnischen Umsetzung der angeblichen Sachzwänge der Globalisierung. Die EU steht heute für die Ökonomisierung aller Lebensbereiche. (Klaus Barthel, Ottmar Schreiner, Klaus Mattecki und Dieter Scholz, FR, 28. 08. 07)

Der tiefere Grund der Privatisierung der Bahn verschwindet nicht – nämlich der Überschuss an Kapital auf der Welt, der nach produktiven Anlagemöglichkeiten sucht.

Es ist nicht verwunderlich, dass die großen Marktstrategen, die über viele Jahre nichts Besseres zu tun hatten, als den Staat auszuhungern und ihm jede Kompetenz im Finanzbereich abzusprechen, immer nach dem Staat und seiner Zentralbank schreien, wenn's ernst wird.

Beim Geldverdienen werden sie gerne allein gelassen, beim Geldverlieren wollen sie den Steuerzahler beteiligen.

Die Regierung in Berlin nennt sie

Investoren und gewährt ihnen weiterhin Steuerfreiheit bei Unternehmenskäufen und Verkäufen und Steuerprivilegien für ihre unseriös erzielten Gewinne.

Wer glaubt, dass es bei der Bahn-Privatisierung um den Kunden und seine Wünsche geht, ist naiv – es geht um die Enteignung von Volkseigentum.

Die Bevölkerung hat etwas gegen dieses Vorgehen. Umfragen von Emnid und Forsa zeigen, dass zwei Drittel der ArbeitnehmerInnen keine Bahnprivatisierung wünschen. Die Bahn ist ein öffentliches Gut, wie Polizei, Schulen, Krankenhäuser oder Schiffahrtstraßen.

Londons Bürgermeister Ken Livingstone will für die Sanierung der maroden U-Bahn nicht wieder ein privates Unternehmen suchen. Stattdessen soll die öffentliche Hand die Regie übernehmen. Richtig so.

Die Überantwortung der Macht bei der Telekom an die Heuschrecke Blackstone, die mit 4,5% wesentlich bestimmt, was im Unternehmen geschieht, zeigt die Richtung auf die mögliche Privatisierung der Bahn.

Der Ausverkauf des Volkseigentums und der größeren Privatunternehmen, ist in Deutschland schon weitgehend abgeschlossen. Der Ausverkauf Deutschlands fast vollzogen.

Nun soll das Gesetz zur „Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen“ Finanzbeteiligungen an deutschen Unternehmen mit Steuererleichterungen attraktiver machen.

Dazu gehört etwa, Finanzinvestoren von der Gewerbesteuer zu befreien, oder deren Verkaufserlöse nicht zu besteuern.

Die Bahn ist Allgemeingut und darf nicht an jeden X-beliebigen Käufer verhökert werden. Es geht um die Enteignung von Volkseigentum. Jenes wertvolle Stück Gemeineigentum, das Millionen von Steuerzahlern – fünf Generationen – geschaffen haben, soll verschleudert werden.

Die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten müssen die Privatisierung der Bahn gegen die Bestrebungen der Zerstörer der Partei wie Struck, Steinbrück usw. durch ihr Nein verhindern.